

Bocholter-Borkener Volksblatt

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt. Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeisterämtern und Ämtern des Kreises Borken. Organ der Zentralpartei. Rhedener Volkszeitung. Geschäftsstelle: Bocholt, Koberstr. 4. Fernsprecher 92 und 97. Verlag: W. Anholt-Melburger Zeitung.

Nr. 204

Dienstag, den 28. Juli

1925

Sicherheitskonferenz in Brüssel?

Coolidge über die Lage in Europa.

W. Paris, 27. Juli. (Tel.) Nach einer Sondermeldung des „New York Herald“ aus Swamscott, wird in der Umgebung des Präsidenten Coolidge erklärt, die amerikanische Regierung werde sich für die nächsten in Brüssel stattfindende Konferenz wegen des Sicherheitspaktes interessieren und einen nichtoffiziellen Beobachter zur Teilnahme an den Sitzungen entsenden. In einem Interview soll Coolidge verschiedenen Zeitungsvertretern gegenüber erklärt haben, daß er bereit sei, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe, um an einer friedlichen Gestaltung der Lage in Europa hinzuwirken, soweit es im Rahmen der von Amerika festgelegten internationalen Politik möglich sei. Den Schuldnerstaaten soll genügend Zeit für ihre Zahlungen gegeben werden. Auch würden ihnen äußerst günstige Bedingungen gestellt werden.

W. London, 27. Juli. (Tel.) Nach einer Meldung der „Westminster Gazette“ aus New York wird Präsident Coolidge im Laufe dieser Woche den amerikanischen Botschafter in Brüssel, William Phillips, empfangen, der, wie angenommen wird, amerikanischer Beobachter auf der Brüsseler Sicherheitskonferenz sein werde.

W. New York, 27. Juli. (Drath.) In Betrachtung über die deutsche Note zur Sicherheitsfrage schreibt „Chicago Tribune“, daß die wirkliche Stabilisierung Europas nicht möglich sei auf der Basis der Vorschläge von Versailles und Saint Germain. Das Blatt erhofft den Geist der deutschen Note auch auf der Gegenseite und billigt die deutsche Haltung, den Sicherheitspakt von einer Revision der Befestigungsbestimmungen des Versailler Vertrages abhängig zu machen. Der deutsche Einwand gegen Artikel 16 werde herzliche Sympathie in den Vereinigten Staaten finden. Die deutsche Argumentation der Haltung Deutschlands in der Durchmarschfrage sei vollkommen berechtigt. Die deutsche Note enthalte keinen Punkt, der die Verhandlungen unmöglich mache.

Der französische Widerhall der englischen Ministerreden.

W. Paris, 27. Juli. (Tel.) Die Reden Baldwins und Chamberlains finden in Paris Beachtung. Das „Journal“ schreibt, Baldwin habe in seiner Rede das Thema behandelt, man müsse Deutschland sofort in den Völkerbund aufnehmen. Er habe also vergessen, daß Deutschland noch nicht einmal die Pflicht kundgegeben habe, die Bedingungen der Entwarnung durchzuführen. Durch den Völkerbund wolle Deutschland Sanktionen verhindern, ein Eingreifen zugunsten Polens verhindern, Österreich angeln und die Verträge revidieren, ja sogar die rheinische Befestigung mildern und mit ihm die Entwarnungsfrage gegen Frankreich ausbilden. Um keinen Preis könne Frankreich zulassen, daß die Sicherheitsfrage nach Genf getragen werde, bevor alles mit London und Berlin zu Frankreichs Zufriedenheit geregelt sei. — Der „Gaulois“ nennt die Rede Baldwins eine Rede, wie Macdonald sie gehalten habe, denn es scheint, daß Baldwin sich noch Illusionen über die pazifistische Offensive großen Stils, die Deutschland eingelegt habe, hingabe. — Das „Journal des Débats“ ist nicht nur mit Baldwin, sondern auch mit Chamberlain unzufrieden. Durch derartige Reden ermutigt man Deutschland, sich widerspenstig zu zeigen, weil es daraus den Schluß ziehen könne, daß es Englands Unterstützung gegen Frankreich erhalte. Die Erklärungen Chamberlains seien ebenso unklar wie diejenigen Baldwins. Eine Stelle der Rede Baldwins sei aber besonders beunruhigend. Er habe sich auf das Manöver der deutschen Regierung eingelassen, die in ihrer Note schon jetzt die Frage der allgemeinen Abrüstung aufgeworfen habe. Dadurch ermutige man Deutschland, Forderungen zu stellen, sobald es in den Völkerbund eingetreten sei. Dieses Problem könne aber erst in Angriff genommen werden, wenn gewisse Bedingungen materieller und moralischer Art erfüllt seien und das Statut des neuen Europas fest gefunden habe, sich zu befestigen. Uebrigens, wenn Baldwin habe sagen wollen, England werde Deutschland nach dieser Hinsicht unterstützen, dann werde Frankreich in die Notwendigkeit verfaßt, die Frage der Bewaffnung zur See auf die Tagesordnung zu setzen, denn es gebe kein Dekret der Vorsehung, das allein den maritimen Mächten das Recht zuerkennt, an ihre Verteidigung zu denken, und es klinge wie Fronte, bei dieser Gelegenheit von der Washingtoner Konferenz zu sprechen. Es gebe augenblicklich etwas anderes, als dem Völkerbund um den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu sprechen, diesen Jankapfel darzureichen. Wenn man eines Tages Deutschland ein Zugeständnis machen wolle, dann wäre es doch viel besser, ihm ein Kolonialmandat anzubieten, das nach Ansicht des Völkerbundes feinerer Angelegenheiten hervorgerufen könne. Aber was am meisten an der Rede der beiden englischen Staatsmänner beunruhige, sei, daß sie offenbar jenes Abkommen aus dem Gedächtnis verloren hätten, das vor mehr als einem Monat zwischen Chamberlain und Briand erzielt worden sei. Sie

hielten sich auch nicht daran zu erinnern, daß Deutschland seine Vorschläge vom 9. Februar gemacht habe, weil es gemerkt hätte, daß Frankreich und England im Begriff gewesen seien, sich über das Sicherheitsproblem zu verständigen. Für den Fall, daß die zwischen Paris und London getroffenen Abmachungen wieder in Frage gestellt würden, werde jedes Vertrauen in eine logische Zusammenarbeit der beiden Länder verschwinden und die mit Deutschland eingeleiteten Verhandlungen würden dabei nicht gewinnen. Es könne kein Sicherheitspakt abgeschlossen werden, wenn Frankreich und England nicht solidarisch blieben.

Die Gemeinderatswahlen in Frankreich.

Sozialistischer Sieg bei den Stichwahlen. W. Paris, 27. Juli. (Tel.) Gestern haben die Stichwahlen für die Gemeinderäte stattgefunden. Die vorliegenden Ergebnisse zeigen, daß die Bewegung nach links erhebliche Fortschritte gemacht hat. Den größten Erfolg haben die Sozialisten auf Kosten der Radikalen und Radikalsozialisten davongetragen. Die Befestigten sind die Kommunisten, deren erster Kandidat geschlagen wurde. Die Stichwahlen bezogen sich auf 199 Sitze.

W. Paris, 27. Juli. (Drath.) Das Innenministerium veröffentlicht über das Ergebnis der Generalratswahlen eine amtliche Statistik, nach der sich die 1495 gewählten Generalräte auf die einzelnen Parteien wie folgt verteilen: Konservative und Liberale 131 (Verlust 28); Republikaner (Republikanisch-demokratische Vereinigung) 216 (Verlust 36); Vorkommunisten 236 (Verlust 81); rechtsstehende Radikale (radikale Dissidenten) 98 (Gewinn 37); Radikale (Herriot) 606 (Gewinn 72); Sozialistische Republikaner (Briand-Painlevé) 72 (Gewinn 25); Sozialisten 136 (Gewinn 50); Kommunisten 6 (Verlust 11). Unter den Gewählten befinden sich 76 Senatoren und 142 Abgeordnete, während 6 Senatoren und 31 Abgeordnete unterlegen sind.

Der Streit im Saarbergbau.

W. Saarbrücken, 27. Juli. (Tel.) Der Streit im Saarbergbau hat heute vormittag eingelebt. 99 Prozent aller Saarbergarbeiter befinden sich im Ausstand. Die Zahl der Arbeitswilligen ist äußerst gering. Sie dürfte im ganzen Saargebiet kaum mehr als hundert betragen. Die Notstandsarbeiten werden den Anweisungen der Streikleitung entsprechend durchgeführt. Mit Spannung sieht man dem Ausgang der heute vormittag in Paris begonnenen Verhandlungen über die Forderung der Saarbergarbeiter entgegen.

Die Bergarbeiterverbände haben an ihre Mitglieder folgenden Aufruf gerichtet: Die zuständige Konferenz hat beschlossen, mit dem heutigen Tage in den Streik zu treten. Es ist selbstverständlich, daß die Führung des Streiks von den Organisationsleitungen übernommen wird. Pflicht der streikenden Kameraden ist es, nur den Anweisungen der Organisationsleitungen Folge zu leisten. Disziplin zu üben und selbst für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Unverantwortliche Elemente sind energig zurückzuweisen. Die dringenden Notstandsarbeiten sind unbedingt auszuführen. Die Verhandlungen werden heute im Arbeitsministerium in Paris fortgeführt. Das Ergebnis wird sobald wie möglich den zuständigen Revierrkonferenzen unterbreitet. Wir erlauben die organisierten Kameraden, die Beschlüsse der Konferenz auf der ganzen Linie durchzuführen und die Anweisungen der Organisationsleitungen strikte zu befolgen. Nur Einigkeit und Geschlossenheit sowie gewerkschaftliche Disziplin sichern den Erfolg.

Der christliche Metallarbeiterverband hat folgende Anweisung an seine Mitglieder gerichtet: Nachdem die beiden großen Bergarbeiterorganisationen den Streik für den 27. Juli beschlossen haben, tritt für die im christlichen Metallarbeiterverband organisierten Grubenmetallarbeiter der Beschluß der Vertreterkonferenz vom 25. Juli in Kraft, Solidarität zu üben.

Die Räumung der Stadt Essen.

W. Essen, 27. Juli. (Tel.) Seit dem frühen Morgen verlassen die in Essen stationierten Truppen in kleineren Abteilungen das Stadtgebiet, nachdem das Artillerie-Regiment gestern zurückgezogen worden war. Die restlichen Bestände des in Essen stationierten Infanterie-Regiments 171 und die Trainformationen werden Mitte dieser Woche die Stadt verlassen. Nach Anweisungen von Offizieren, sollen in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch die Truppen abmarschieren.

Krematoriumsangehörige als Leichenfresser.

W. Berlin, 27. Juli. (Drath.) Blättermeldungen aus Dresden zufolge wurden im städtischen Krematorium, das in dem Vorort Tolkewitz liegt, seit Jahr und Tag den Leichen, die zum Verbrennen eingebracht wurden, von Krematoriumsangehörigen Goldplomben ausgebrochen und dann verkauft. Weiter wurden die Leichen der Kleidung beraubt. Auch wurden zwei Leichen in einen Sarg gelegt und die dadurch ersparten Särge verkauft. Vom Dresdener Polizeipräsidium wird mitgeteilt, daß die Akten des Kriminalamtes über die Vorgänge bereits der Staatsanwaltschaft zugeleitet wurden. Anklage ist wegen Diebstahls, Unterschlagung, Betrugs und anderer Delikte gestellt. Außerdem wurde gegen eine Reihe von Angehörigen des Disziplinarverfahren eröffnet.

Das französisch-spanische Marokkoabkommen.

Ergebnis der Konferenz.

W. Paris, 27. Juli. (Tel.) Wie aus Madrid gemeldet wird, hat die spanisch-französische Konferenz gestern nach 38tägiger Dauer ihre Arbeiten beendet. Der Vorsitzende, General Jordana, erklärte, daß die folgenden drei Fragen Gegenstand der Besprechungen gewesen seien: 1. Revision des Grenzabkommens vom 12. Juli; 2. gemeinsame Mitwirkung und Ueberwachung der Zone von Tanger; 3. Friedensverhandlung der Zone von Tangier. In der ersten Frage sei die endgültige Regelung verhandelt worden. Es sei jedoch ein neuer Modus vivendi abgeschlossen worden, in dem sich die beiden Parteien für den Augenblick als befriedigt erklärten. Ferner sei vereinbart worden, daß die französischen und spanischen Truppen mit dem Rechte völliger Gegenseitigkeit in beide Zonen eindringen dürften.

W. Paris, 27. Juli. Havas berichtet aus Madrid: Nach Abschluß der Konferenz seien Begrüßungsgramme an den Präsidenten der Republik, den französischen Ministerpräsidenten sowie an Pétain und Lyautey gelangt worden. General Jordana, der Vorsitzende der Konferenz, hat, wie eine weitere Havasmeldung aus Paris besagt, nach Beendigung der Sitzung der Presse eine Auskunft erteilt, in der es heißt, die Konferenz sei zu Ende. Jetzt handle es sich um die äußerst schwierige Aufgabe, die Beschlüsse durchzuführen, wobei Primo de Rivera und seine Mitarbeiter eine Hauptrolle zu spielen hätten. Sie würden im Einverständnis mit dem französischen Oberkommissar die Abmachungen in die Praxis umzusetzen haben, die von den beiden Regierungen getroffen worden seien. Die Rolle Pétains nach Ceuta und Melilla sei der erste und wichtigste Schritt, der die Ausführung der französisch-spanischen Zusammenarbeit zeige. Die Regierung werde bereitwillig alle Abmachungen durchführen. Das sei allerdings für den Augenblick unmöglich. Beide Regierungen müßten sich zunächst darüber verständigen, welche Verfügungen sie für geeignet hielten. Das erste bereits in die Praxis umgesetzte Abkommen sei insofern vorteilhaft, als eine Zusammenarbeit der französischen Marine mit dem von der spanischen Marine ausgeübten Ueberwachungsdiens zum Zwecke der Unterdrückung des Waffenschmuggels zu Wasser und zu Lande ermöglicht werde. Eine völlige Verständigung sei hinsichtlich der Ueberwachung der Zone von Tanger erzielt worden, und zwar derart, daß die durch das Tangerstatut vorgesehene Neutralität gewahrt bleibe. Es sei zu hoffen, daß keine Schwierigkeit die Ausführung der Maßnahmen verzögern werde, die Frankreich und Spanien für notwendig erachteten, und für die die erforderliche Zustimmung in der Frage der kommenden Regierungen eingeholt worden sei. Uebrigens müsse man bedenken, daß die örtlichen Behörden von Tanger über die Zweckmäßigkeit dieser Maßnahmen entscheiden und sie im einzelnen zu beurteilen hätten.

Primo de Rivera über die Beschlüsse.

W. Madrid, 27. Juli. (Tel.) Primo de Rivera reiste nach Tetuan ab. Vor seiner Abreise äußerte er sich sehr befriedigt über den Erfolg der Marokkokonferenz. Er sprach die Hoffnung aus, daß in etwa zwei Monaten die Konferenzbeschlüsse durchgeführt seien und stellte für die allernächste Zeit wichtige militärische Operationen in der spanischen Zone in Aussicht.

W. Paris, 27. Juli. (Tel.) Havas berichtet aus Fez: Auf der ganzen Front herrscht Ruhe. Die Marschälle Pétain und Lyautey begaben sich heute vormittag von Fez nach Rabat. Während ihres Aufenthaltes in Fez prüften sie mit General Naulin die Lage, und besonders die Frage der Reorganisation des Kommandos, die sich aus der Haltung des neuen Oberbefehlshabers ergibt.

W. Berlin, 27. Juli. (Tel.) Die Morgenblätter melden aus Paris: Marschall Pétain wird, wie „Deuxième“ berichtet, bereits in einigen Tagen aus Marokko nach Frankreich zurückkehren.

Neue Aufforderungen an Abd el Krim.

Abd el Krim Antwort auf das Friedensangebot?

W. Paris, 27. Juli. (Tel.) Dem „Echo de Paris“ zufolge sollen für den Fall, daß Abd el Krim die französisch-spanischen Friedensbedingungen zur Kenntnis nehmen will, sich als Vertreter Spaniens Oberst Aquilar und als Vertreter Frankreichs ein Beamter der Bergwerksverwaltung namens Gabrielli nach Alhucemas begeben. Dieser habe bereits kürzlich im Auftrag des Generalpräsidenten von Marokko mit Abd el Krim Rücksprache genommen. Sollte jedoch Abd el Krim die französisch-spanische Aufforderung unbeachtet lassen, so würde ihm eine Note mit der Mitteilung zugeleitet werden, daß hiermit an ihn die letzte Warnung erginge, und daß, wenn dieses Ultimatum unbeantwortet bleibe, Friedensverhandlungen nicht eingeleitet werden sollten, eine regelrechte Offensive eröffnet werde.

W. Paris, 27. Juli. (Tel.) Heute soll die französische und spanische Regierung Abd el Krim Antwort auf ihr Friedensangebot erhalten. Abd el Krim soll zur Einstellung der Feindseligkeiten und zu Friedensverhandlungen in Tan-

ger bereit sein, wenn ihm die Unabhängigkeit des
Kriegsgebietes garantiert wird.
w. Paris, 27. Juli. (Drahtb.) Wie Havas erzählt, liegt
eine Bestätigung der aus englischer Quelle
stammenden Nachricht, daß Lord Elgin auf die ihm zu-
gegangene Mitteilung über die Bereitschaft Frankreichs und
Spaniens zur Übermittlung von Friedensbedingungen eine
Antwort erteilt habe, bisher nicht vor.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 27. Juli. (Tel.)

Präsident Loebe eröffnet die Sitzung um 2.15 Uhr. Er
widmet dem gestern verstorbenen kommunistischen Abgeordneten
Eichhorn einen herzlichen Nachruf, der von den Abgeord-
neten stehend angehört wird.

Auf der Tagesordnung steht die
zweite Beratung der Steuervorlage.

Im Namen der Regierungsparteien gibt Abg. Dr. Ober-
hausen (D. N.) eine gemeinsame Erklärung ab des In-
halts, die Regierungsparteien hätten sich trotz schwerer Be-
denken gegen die Einzelheiten der Gesetze entschlossen, der
Vorlage zuzustimmen. Die Belastung der Wirtschaft
und der einzelnen Steuerzahler sei zwar geradezu unerträglich
hoch, aber die Finanzlage des Reiches und die schweren Repa-
rationslasten ließen leider eine weitere Milderung nicht zu.
An das Ausland müsse die dringende Mahnung nicht zu-
kommen, einen vollständigen Zusammenbruch der deutschen
Wirtschaft dadurch zu verhindern, daß man mehr Rücksicht
auf die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft
und ihre sozialen Lebensnotwendigkeiten nimmt. Beson-
ders schmerzhaft war es den Parteien, daß die Finanzlage
des Reiches einen härteren Abbau der Umsatzsteuer
nicht erlaube. Die Parteien äußern eindringlich den Wunsch,
daß die Regierung in eine eingehende Prüfung der Frage ein-
tritt, in welcher Weise das System der Umsatzsteuer geändert
werden kann. Die Regierungsparteien haben den sozialen Ge-
sichtspunkten Rechnung getragen durch eine wesentliche Ver-
stärkung des Kinderprivilegs. Mit dem Finanzausgleich
ist den Bedürfnissen der Länder und Gemeinden mehr als bis-
her Rechnung getragen worden. Wir müssen aber die erste
Mahnung zur Sparlichkeit richten vor allem an die
Gemeindeverwaltungen. Auch da müssen die Ausgaben den
Einnahmen angepaßt werden. Das Reich muß in der Steuer-
politik den Vorrang behalten. Trotz aller Bedenken im ein-
zelnen würden die Regierungsparteien für die Vorlage
stimmen, die auch zur wirtschaftlichen und sozialen Gesundung
des deutschen Volkes helfen werde.

Abg. Dr. Herz (Soz.) bemängelt zunächst die Art und
Weise, in der die Regierungsparteien die Verhandlungen im
Ausfluß geführt haben. Eine gesunde Steuerreform hätte
davon ausgehen müssen, daß zur Förderung der deutschen Wirt-
schaft vor allem die Steigerung der inneren Kaufkraft der
Breiten Masse notwendig ist. Die Regierungsparteien haben
aber umgekehrt den Besitz gespart und die Massen des Volkes
belastet. Von sozialem Geist ist in diesem Steuerwerk
nichts zu finden. Die Lohnsteuerpflichtigen müssen danach mehr
zahlen, als die Vermögensbesitzer. Ein Steuerreform, das
mehr als ein Fünftel aller Löhne den besteuerten und enteilen-
den Schichten des Volkes auferlegt, wird dauernd den heftigen
Widerstand aller Leistungsschwachen Kreise hervorrufen. Wir
lehnen für dieses Gesetzgebungswerk jede Verantwortung ab.
(Beifall bei den Soz.)

Abg. Neubauer (Komm.) bekämpft die Vorlage, die
eine unerhörte Bevorgung des Besitzes und eine unerträgliche
Belastung des arbeitenden Volkes sei. Die Regierung, die an
dem Steuerbau mißglückt ist, müsse verschwinden.

Abg. Dr. Fischer-König (Dem.) bedauert, daß die Re-
gierung an ihren Steuervorlagen größten Kritik keine
Folge gegeben habe. Die von der neuen Regierung bei ihrem
Amtsantritt gegebenen Versprechungen seien nicht erfüllt. Die
zugelagte grundsätzliche Anpassung der Steuer-
lasten an die wirtschaftliche Leistungsfähig-
keit sei nicht vorgenommen worden. Es sei bedenk-
lich, wenn die Regierungsparteien eine Milderung der un-
erträglichen Steuerlast nur von ausländischer Hilfe erwarten.
Im Ausfluß sei man an der entscheidenden Frage vorbeigegan-
gen, wie ein dauerhaftes Verhältnis zwischen Volkswirt-
schaft und Steuern wiederhergestellt werden könne. Die gegen-
wärtige Finanzpolitik befände sich auf einem ganz falschen
Wege, weil sie weit über den tatsächlichen Bedarf hinaus viel
zu hohe Steuern aus der Wirtschaft ziehe. Die Lage würde
noch verhängnisvoller, wenn sich zu der überhöhten Steuer-
politik noch eine verschärfte, überhöhte Höchstzulassungspolitik ge-
selle. Seitdem die Deutschnationalen die Wirtschaftspolitik der
Regierung führen, wird nicht mehr auf Preisentwertung, sondern
auf Preissteigerung hingearbeitet. (Sehr wahr! links.) Die
gegenwärtige Finanzlage würde einen durchgreifenden weiteren
Steuerabbau durchaus gestatten. Wir können mit einem Über-
schuß von mehr als einer Milliarde rechnen. Zum Schluß tritt
der Redner für einen finanzwirtschaftlichen Sachverständigen-
Ausfluß ein, der den Weg für eine wirkliche Großfinanzreform
ebnen soll. Die gegenwärtige Steuerreform sei höchst un-
bedeutend und biete nur einen kurzfristigen und ängstlichen
finanziellen Versuch. (Beifall bei den Demokraten.)

Reichsfinanzminister v. Schlieffen: Ich habe
im Ausfluß den Vorwurf widerlegt, daß ich Fiskalismus und
Theaurierungspolitik treibe. Bei der gegenwärtigen unsicheren
Wirtschaftslage ist es aber notwendig, bei den Reichsfinanzen
vorsorglich zu sein. Mit den jetzt gestellten Überhöhten müssen wir
bis zum Ende des Jahres leben. (Abg. Fischer (Dem.): Sie
gehen auf meine Fragen ein!) Sie können nicht verlangen,
daß ich im Augenblick auf alle einzelnen Fragen eingehe.
Das behalte ich mir für später vor.

Abg. Schröder-Mecklenburg (völk.) erklärt, er könne
sich den Ausführungen des Abg. Fischer anschließen. Der Redner
betont in den Vorlagen besonders die Aufrechterhaltung des
Erzbergerischen Steuersystems mit seiner Zentralisation. Die
Deutschnationalen hätten in diesen Fragen der Außenpolitik
alle ihre Grundzüge über Bord geworfen, seitdem sie in der Re-
gierung sind. Die unerhörte Überhöhtung der Steuern sei um
so verwerflicher, als der Ertrag noch über die Verpflichtung des
Damespates hinaus der Entente zum großen Teil freiwillig
ausgeliefert werden sollte.

Abg. Höllein (Komm.) beantragt Vertagung der Aus-
sprache über die Einkommensteuer. Die Vertagung sei notwen-
dig, weil die Regierungsparteien die Oppositionsparteien mit
einem neuen Antrag zur Lohnsteuer überwinden wollten.
Man wolle wenigstens die Möglichkeit haben, zu diesem Antrag
vorher Stellung zu nehmen.

Abg. Dr. Herz (Soz.) schließt sich diesem Antrag an, wäh-
rend die Abg. Geyer und Kunkel (D. N.) die Weiter-
beratung vorschlagen. Als der Vizepräsident Graef erklärt,
er erteile zu dieser Geschäftsordnungsdebatte nicht mehr das
Wort, erschallen laute Protestrufe auf der Linken.

Der Vertagungsantrag wird gegen die Linke ab-
gelehnt.

Zur Einkommensteuervorlage wendet sich
Abg. Eggert (Soz.) gegen die Regierungsvorlage
und die Ausflußbeschlüsse.

Abg. Kadel (K.) beantragt wiederum Vertagung mit
dem Hinweis, daß die Abgeordneten, die vorher für Weiter-
beratung stimmten, nicht im Saale erschienen seien.

Die Abstimmung erfolgt durch Sammelruf.
Es stellt sich Beschlusfähigkeit heraus, da nur 169
mit Nein und 6 Abgeordnete mit Ja gestimmt haben.

Vizepräsident Graef beruft sofort eine
neue Sitzung
auf 7 Uhr abends, 10 Minuten später, ein.
In der neuen, nach 7 Uhr eröffneten Sitzung steht das
Haus die
zweite Beratung des Einkommensteuergesetzes
fort.

Abg. Schneider-Berlin (Dem.) meint, es sei das erste
Mal in der gegenwärtigen Reichstagsession, daß ein Gesetz in
solcher Mangelhaftigkeit und Unfertigkeit aus den Ausschüssen
vor das Plenum gekommen sei, wie das Einkommensteuergesetz.
Namentlich der Lohnsteuergesetz sei so schlecht formuliert,
daß die Regierungsparteien selbst sich veranlaßt gefühlt hätten,
noch schnell eine neue Fassung dem Plenum zu unterbreiten.
Das ganze Steuergesetzgebungsstück, das der Reichstag morgen
verabschieden werde, sei so dürftig, daß sich der Reichstag schon
in Bälde wiederum mit dem Steuerproblem beschäftigen müsse.
(Zustimmung links.)

Abg. Neubauer (Komm.) stellt einen Vertagungsan-
trag und begründet ihn damit, daß die Rechte durch ihre schwache
Vertretung im Saale ihre Erfindung zum Ausdruck gebracht
hätte.

Abg. Höllein (Komm.) bezweifelt die Beschlusfähigkeit.
Vizepräsident Graef erklärt, das Büro sei sich nicht einig
darüber, ob das Haus beschlußfähig sei. Er werde deshalb eine
namentliche Abstimmung vornehmen lassen.

Hieran knüpft sich unter großer Unruhe des Hauses eine
längere Auseinandersetzung zwischen dem Abg. Dittmann
(Soz.) und dem Vizepräsidenten Graef über die Auslegung
der Geschäftsordnung. Der Geschäftsordnung gemäß wird dann
die Beschlusfähigkeit durch Einsammeln der weißen Namens-
karten geprüft. Auch die Sozialdemokraten geben ihre Karten
ab. Vizepräsident Graef stellt fest, daß 268 Stimmenten abge-
geben sind, das Haus also beschlußfähig ist. Der
Vertagungsantrag wird hierauf in einfacher Abstimmung ab-
gelehnt.

Abg. Höllein (Komm.) wendet sich unter großer Unruhe
des Hauses gegen die Regierungsparteien, die hier einen großen
Raubzug planten. Unter schallender Heiterkeit der Mehrheit
verläßt der Abg. Höllein beim Beginn seiner Rede auf

Der Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung.

Haushaltsausfluß des Reichstages.

Berlin, 27. Juli. (Tel.) Bei der Beratung des Haus-
halts der allgemeinen Finanzverwaltung in der Montagssitzung
des Reichstages berichtete Abg. Reil (Soz.) über den
Etat. Der Gesamtertrag des allgemeinen Finanzverwaltung beträgt
3513 Millionen Rentenmark, gegenüber einem Gesamtertrag
von 2238 Millionen Rentenmark im Jahre 1924. An Ein-
nahmen sind für die Einkommensteuer und Körperschaftsteuer
15 Milliarden Rentenmark veranschlagt, für die allgemeine Umsatzsteuer
500 Millionen Rentenmark, für die Körperschaftsteuer 300 Mil-
lionen Rentenmark, für die Beförderungsteuer (Personen- und
Güterbeförderung) 282 Millionen Rentenmark. Die Grund-
verwaltungssteuer ergibt 1925 nur 15 Millionen Rentenmark gegen-
über 40 Millionen im Jahre 1924. Die Börsensteuer, die
1924 allerdings nur vier Milliarden Rentenmark erbrachte, ist
mit Ablauf des 31. Dezember 1924 außer Kraft getreten. Der
Ertrag der Börsenumsatzsteuer wurde von 150 Millionen Renten-
mark 1924 auf 98 Millionen 1925 gesenkt. An Zinsen und Ver-
brauchssteuern ergibt sich im Jahre 1925 ein Ertrag von insgesamt
1514 Millionen Rentenmark gegenüber 1099 Millionen Renten-
mark im Jahre 1924. Aus dem Steuereinkommen müssen an die
Länder 2172 Millionen Rentenmark überwiesen werden. Staats-
sekretär Dr. Kappich vom Reichsfinanzministerium führte zum
Etat aus, daß die Schätzungen nicht auf die Genauigkeit An-
spruch erheben können wie früher. Jetzt fehle Vergleichsmate-
rial, weil wir jetzt mit ganz neuen Steuern beginnen. Dazu
kame, daß wir gezwungen seien, die Steuern auf Grund von
Gefühlen zu schätzen, die im Plenum des Reichstages noch gar
nicht verabschiedet seien. Hierauf vertagte sich der Ausfluß auf
Dienstag.

Die Schwindereien bei der Reichs- monopolverwaltung.

Berlin, 27. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.)
Der dringende Verdacht der Untreue gegen die beiden Direk-
toren der Reichsmonopolverwaltung Philipp und For-
witz und den stellvertretenden Direktor Wilde vom Reichs-
monopolamt hat sich derart verdichtet, daß die Vorunter-
suchung gegen die genannten Beamten eröffnet worden ist.
Den Ermittlungen der Staatsanwaltschaft liegt folgender Tat-
bestand zugrunde: Vom 6. Februar 1920 an war die Einfuhr
von Spirit und Weinbeständen aus dem Ausland und dem
besetzten Gebiete allein der Reichsmonopolverwaltung vorbe-
halten. Die Übergangsvorschriften des Reichswirtschafts-
ministers erlaubten aber unter besonderen Bedingungen die
Einfuhr von Spirit und Weinbeständen, wenn die Geschäfte
früher abgeschlossen worden waren. Den angelieferten Beamen
wird nun zur Last gelegt, dem Kaufmann Emanuel Marx
dadurch geholfen zu haben, daß vorabfertigte Verträge aner-
kannt wurden, woraus der Reichsmonopolverwaltung ein er-
heblicher Schaden erwachsen ist.

Die Anmeldungen zur Aufwertung von Reichsanleihen.

Berlin, 27. Juli. (Tel.) Sachamtlich wird mitgeteilt:
Durch die Zeitungen geht die Nachricht, daß zur Durchführung
des Anleiheablosungsgesetzes ein Reichskommissariat
in Berlin gegründet sei, das seine Tätigkeit bereits auf-
genommen habe. Diese Mitteilung ist den Tatsachen voraus.
Es ist zwar die Errichtung einer besonderen Stelle vorzuziehen,
die über die Gewährung der Anleiheablosung entscheiden soll; diese
Stelle kann aber erst ins Leben gerufen werden, wenn die
Ausführungsbestimmungen zum Anleiheablosungsgezet
erlassen sind. Dies ist noch nicht geschehen. Es ist deshalb
von einem Kommissariat, wenn Anleihegläubiger sich schon
jetzt melden und Anträge auf Anerkennung als Anleihegläu-
biger stellen. Sobald die Vorbereitungen beendet sind, wird die
Errichtung der Stelle öffentlich bekanntgegeben werden; es
wird dann auch bekanntgegeben werden, an welche Stelle
die Anträge zu richten sind und welche Nachweise im einzelnen
vorgelegt werden müssen.

Berlin, 27. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.)
In parlamentarischen Kreisen vermutet man, daß in einer
Beratung der Aufwertungsverordnungen am Sonntag im Reichstag
der Beschuß gefaßt werden ist, grundsätzlich ein Volksbegehren
wegen Änderung der Aufwertungsverordnungen und Durchführung
der Beschlüsse der Reichstagskommissionen herbeizuführen.

Die Verfassungsfeste im Reichstag.

Berlin, 27. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.)
Die Verfassungsfeste im Reichstage am 11. August soll, wie
im Vorjahre, um 12 Uhr beginnen. An ihr werden der
Reichspräsident und das gesamte Kabinett teil-

kurze Zeit das Rednerpult, weil er zunächst ein falsches
Konzept hatte. Im weiteren Verlaufe seiner Ausführungen er-
klärt der Redner, die Kommunisten würden mit allen Mitteln
dem Raubzug der Regierungsparteien entgegenzutreten.

Als Höllein eine halbe Stunde gesprochen hat, macht Vize-
präsident Graef ihn darauf aufmerksam, daß seine Redezeit ab-
gelaufen sei. Energisch protestiert Höllein dagegen. Der Vize-
präsident habe die doppelte Redezeit festgelegt. Wenn der Präsi-
dent wolle, könne er ja die Polizei holen. Er sei kein preußischer
Rekrut und werde sich keine Redezeit nicht nehmen lassen. Unter
allgemeiner Unruhe geht dann Höllein seine Rede fort und
greift besonders den Reichsfinanzminister heftig an.

Darauf wird er Paragraf 1 gegen die Kommunisten ange-
nommen. Die Verhandlungen werden abgebrochen. Das
Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr: Weiterberatung. Schluß
der heutigen Sitzung nach 9 Uhr.

Ende der Woche Reichstagsferien?

Berlin, 27. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.)
Die Erledigung sämtlicher Vorlagen in der laufenden Tagungs-
periode des Reichstages wird allem Anscheine nach nun doch
nicht mehr möglich sein. Der Reichstagsrat des Reichs-
tages tritt am Dienstag mittags 11.30 Uhr erneut zu einer
Sitzung zusammen, um die Geschäftsliste des Reichstages zu
beraten. Wie in parlamentarischen Kreisen verlautet, wird
wahrscheinlich beschlossen werden, die Reichstagsverhandlungen
am Samstag, den 1. August abzubrechen und die
Sommerpause eintreten zu lassen, da es außerordentliche
Schwierigkeiten bietet, das Haus in beschlußfähiger Anzahl
zusammenzubringen. Es sollen noch einige Steuergesetze in
zweiter und dritter Lesung erledigt werden, ebenso die dritte
Lesung des Etats und gegebenenfalls auch noch die Anleihe-
vorlage. Eine Erledigung der Zollvorlage im
Plenum hält man in dieser Tagung für ausgeschlossen.
Vorausichtlich wird der Handelspolitische Ausschuss bis Ende
der Woche seine Arbeiten in erster und zweiter Lesung ab-
schließen, so daß die Zollvorlage dann am Plenum gehen
könnte. Die zweite und dritte Lesung soll aber erst in einer
besonderen Tagung des Reichstages — voraus-
sichtlich vom 10. bis 12. September — stattfinden.

nehmen. Nach Schluß der Feste wird der Reichspräsident die
Front der am Königsplatz aufgestellten Ehrenkompanie ab-
schreiten.

Von Nah und Fern.

Die Katholikensehe auf Vorkum.

Berlin, 27. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.)
Wie das „Berl. Tagebl.“ erzählt, sind im Zusammenhang mit
dem antikatolischen und antisemitischen Treiben des bekannten
evangelischen Pastors Münchener auf Vorkum mehr als
ein Sechstel der größten Hotelbesitzer aus der
evangelischen Landeskirche ausgetreten.

Der kommunistische Eichhorn gestorben.

Berlin, 27. Juli. (Drahtb. unseres Berliner Vertreters.)
Der kommunistische Reichstagsabgeordnete Emil Eichhorn
ist am Sonntag in Berlin gestorben. Eichhorn ist besonders
dadurch bekannt geworden, daß er in der Revolutions-
zeit den Posten des Berliner Polizeipräsidenten inne hatte.
Nach dem Sturm vom 12. Januar 1919 flüchtete
Eichhorn zunächst nach Braunschweig. Das Hochverrats-
verfahren schwebte bereits seit Jahren gegen ihn, und bei
jeder Auflösung des Reichstages mußte er sich der ihm drohen-
den Verhaftung durch die Flucht entziehen.

Die Verhaftung des Hamburger Frauenmörders.

Berlin, 27. Juli. (Tel.) Die Morgenblätter melden
aus Kendsburg: Der Hamburger Mörder Wagner, der
in der Nacht zum 14. Juli die Prostituierte Wobersack ermordete,
die Leiche zerstückelte und in die Elbe warf, wurde in dem
Dorfe Bretholz bei Kendsburg ergriffen und in das
Kendsburger Gefängnis eingeliefert.

Rotorschliff Budau zu verkaufen.

Berlin, 27. Juli. (Tel.) Die „Morgenpost“ aus
Newport meldet, wurde das Rotorschliff Rotorschliff
„Budau“ in amerikanischen Zeitungen zum Kauf ange-
boten.

Großfeuer in einer Mühle.

Berlin, 27. Juli. (Tel.) Wie die „Morgenpost“ aus
Stettin meldet, entstand beim Schüren eines Dampfessels in
einer Mühle Feuer. Große Vorräte an Holz, sowie 300
Zentner Roggenmehl verbrannten.

Sieben Personen an einem Tage ertrunken.

Berlin, 27. Juli. (Tel.) Wie der „Montag“ mel-
det, sind im Laufe des Sonntags beim Baden in den Gewässern der
Umgebung Berlins 7 Personen ertrunken.

Zahlreiche Segelunfälle in schwedischen Gewässern.

Berlin, 27. Juli. (Drahtb.) Nach Blättermeldungen aus
Schweden lieferte im Rotalund ein Segelboot. Säm-
liche Insassen, zehn Jugendliche im Alter von 14 bis 2
Jahren, ertranken. Auch aus anderen Orten Schweden
werden Segelunfälle gemeldet. Bei Götterburg wurden drei
Schwester, die eine Segelfahrt unternommen hatten, von
Gewitter überfallen. Das Boot schlug um und alle drei er-
tranken.

Schwerer Autounfall.

Berlin, 27. Juli. (Drahtb.) Wie den Blättern aus Bei-
lig, gemeldet wird, setzte der Motor eines Kraftwagens
auf dem das Personal der Leipziger Einkaufsgesellschaft ein
Sonntagsausflug unternommen hatte, auf der Straße
hinter Goldschmidt. Der Wagen rollte die steile Straße hin-
unter und stürzte in einen Radfahrer gegen einen Baum und
stürzte ihn auf der Stelle. Der Wagen geriet dann in der
Straßengrube und schlug um. Ein Knabe und ein Mädchen
wurden schwer, 14 weitere Fahrgäste leicht
verletzt.

Markt- und Frankenschulnotenungen.

Newport, 27. Juli. (Funkpruch.) Schlußkurs der Markt
23,80—82. 100 Franken gleich 4,72½ Dollar.

Geldnotennotierungen.

Chicago, 27. Juli. (Funkpruch.) Schlußnotierungen:
Weizen: Juli 150½, Sept. 148½, Dez. 150½, kaum stetig;
Mais: Juli 108½, Sept. 104½, Dez. 87½, stetig; Hafer:
Juli 43½, Sept. 43½, Dez. 46, kaum stetig; Roggen: Juli
98½, Sept. 96½, Dez. 99½, stetig.

Baumwollnotierungen.

Bremen, 27. Juli. (Eig. Drahtb.) Schlußnotierungen:
Sept. 26,75—95; Okt. 26,82—92; Dez. 26,88—88; Jan. 26,71
bis 76; März 26,89—97; Mai 27,05—14.
Liverpool, 27. Juli. (Funkpruch.) Umsatz: 5000, Im-
port: 200, für den Export: 1000. Schlußnotierungen: loco
14,18; Juli 13,78; Aug. 13,58; Sept. 13,89; Okt. 13,88; Nov.
13,23; Dez. 13,25; Jan. 13,27; Febr. 13,27; März 13,82; April
13,82; Mai 13,36; Juni 13,88.

Newport, 27. Juli. (Funkpruch.) Raum stetig. Schluß-
notierungen: loco 25,90; Juli —; Aug. 25,00—00; Sept. 25,18
bis 18; Okt. 25,36—39; Dez. 25,50—54; Jan. 24,97—97; März
25,23—27; April 25,34—34; Mai 25,46—50. Zufuhr: Atlantik
2000, Golf 10 000.

zunächst ein fallches
ner Ausführungen er-
den mit allen Mitteln
ntgegenzutreten.
den hat, macht Wi-
daß keine Redezeit ab-
n dagegen. Der Wei-
leht. Wenn der Präsi-
er sei kein preußischer
nehmen lassen. Unter-
eine Rede fort und
heftig an.
e Kommunisten ange-
gebrochen. Das
seiterberatung. Schluß

tagsferien?

Berliner Vertreters.)
laufen den Tagungs-
ne nach nun doch
rat des Reichs-
hr erneut zu einer
des Reichstages zu
issen verläutet, wird
stagsverhandlungen
brechen und die
es außerordentliche
schlußfähiger Anzahl
Steuergesetze in
n, ebenso die dritte
noch die Amnestie-
ollvorlage im
ausgeschloffen.
Ausdruck bis Ende
weiter Stellung ab-
das Plenum gehen
aber erst in einer
tages - voraus-
finden.

Reichspräsident die
Ehrenkompanie ab-

fern.

tum.
Berliner Vertreters.)
Zusammenhang mit
tischen des bekannten
Borkum mehr als
eliber aus der
erzichten.

berliner Vertreters.)
Emil Eichhorn
horn ist besonders
Revolutionen.
eipräsidenten
mar 1919 flichtete
Schoverrats-
gegen ihn, und bei
h der ihm drohen-

uenmüßers.
egenblätter melden
Wagner, der
Woberszel ermügte,
st, wurde in dem
fen und in das

„Morgenpost“ aus
e Motor Schiff
Kaufe ange-

Montagspost“ aus
Dampfschiffen in
n Holz, sowie 300

trunken.
Montag“ meldet:
den Gewässern be-

Gewässern.
stermeldungen an
gelboot. Sämt-
er von 14 bis 2
Orten Schwem-
wurden dre
men hatten, von
alle drei er

Blättern aus Leip-
kraftwagen
enoffenschaft eine
auf der Straße
die Straße zurück
en Baum und
iet dann in den
und ein Mädchen
nehmer lei

gen.
Subkurs der Markt

Subnotierungen:
1/4, kaum stetig;
stetig; Safer:
Koggen: Juli

Subnotierungen:
-88; Jan. 26,71

Subnotierungen:
-88; Jan. 26,71

Subnotierungen:
-88; Jan. 26,71

Subnotierungen:
-88; Jan. 26,71

Haben Sie vergessen

diese Zeitung beim Briefträger oder beim
Postamt für den nächsten Monat zu be-
stellen, so holen Sie es

noch heute bei der Geschäftsstelle

(Nobelsstraße) nach.

Aus der Heimat.

Bocholt, den 28. Juli 1925.

3. St. Antonius-Schützenverein. Das 291. Stiftungsfest des St. Antonius-Schützenvereins nahm am Sonntag seinen Fortgang. Vormittags war gemeinschaftliches Beisammensein im Vereinslokal. Nachmittags 3 Uhr trat das Bataillon am Vereinslokal an zum Festzug durch die Stadt. Auf dem Marktplatz hielt der Präsident, Herr Johann Hogenkamp, eine kurze Ansprache. Er gab zunächst einen Rückblick über die Schützenfeste, die unsere Vorfahren schon vor Jahrhunderten gefeiert und bei denen sie auch auf dem alten Marktplatz vor dem historischen Rathaus gestanden haben. Auch heute wolle der Verein in demselben Sinne feiern in Ruhe und Ordnung, Einigkeit und Frohsinn. Wie früher solle auch weiterhin die Schützenbrüderlichkeit gepflegt werden zwischen den einzelnen Vereinen, wie es in Bocholt auch geschehen, wo der St. Georgius- und St. Antonius-Schützenverein in alter Waffenbrüderlichkeit treu zusammenhielten. Das habe der Bruderverein noch am Feste der Fahnenweihe des Vereins bewiesen durch Ueberreichung eines Fahnenriegels. Diese Einigkeit müsse weiter erhalten werden zum Nutzen der Vaterstadt, der engeren Heimat und des deutschen Vaterlandes. Der Redner sprach dann noch der Beifriede seinen Dank aus für das Wohlwollen, das sie dem Verein stets bewiesen habe und schloß mit einem Hoch auf die beiden Bocholter Schützenvereine. Vom Marktplatz ging es in festlichem Zuge zurück zum Vereinslokal, wo um 5 Uhr der Festball begann, der Mitgliedern und Gästen einige Stunden ungetrübten Frohsinns brachte. — Am gestrigen Tage fand das Fest seinen Abschluß. Morgens 10 Uhr versammelten sich die Mitglieder wieder im Vereinslokal zu einem gemütlichen Beisammensein. Nachmittags 4 Uhr unternahm das Bataillon einen Zug durch die Stadt mit einer Festfahrt des Königs-paares. Von 5 Uhr ab fand im Saale des „Großen Kurfürsten“ der große Krönungsball statt, der einen schönen, harmonischen, von echtem Schützengeste getragenen Verlauf nahm. Abends 10 Uhr war Polonaise mit Feuerwerk in den Parkanlagen. Nun ist das 291. Schützenfest zu Ende. Es wurde in der alten, volkstümlichen Weise gefeiert und wird dem Verein neue Freunde gewonnen haben. Zu seinem Gelingen hat in hohem Maße der Ehrenvorsitzende und neue Schützengönig Herr Bernhard Heitkamp beigetragen, der sich während seiner Mitgliedschaft seit dem Jahre 1888 große Verdienste um den Verein erworben hat. Anlässlich des diesjährigen Festes schickte er im Namen des Vereins ein Jubiläumstelegramm an den Reichspräsidenten v. Hindenburg. — Möge der St. Antonius-Schützenverein weiter den alten Schützengestir hochhalten und die jahrhundertlange Tradition, die er zu hüten hat! (Zu unserem Bericht in der Sonntagsummer ist zu berichten, daß nicht Fr. Hülsken, sondern Fr. Ell Matt als Hofdame fungierte).

3. St. Georgius-Schützenverein. Der St. Georgius-Schützenverein feiert in diesen Tagen sein 87. Schützenfest. Nachdem die Notzeit der Nachkriegsjahre von größeren öffentlichen Festlichkeiten Abstand nehmen ließ, wird die diesjährige Veranstaltung zum ersten Male wieder in der allhergebrachten Weise mit Festzügen durch die Stadt und Krönungs-schießen begangen. Am Sonntag Morgen 11.30 Uhr fand in den Anlagen des Schützenhauses ein Frühkonzert statt, ausgeführt vom Musikkorps des 2. Btl. Inf.-Reg. Nr. 18 aus Münster unter Leitung des Herrn Musikd. R. Behmann. Nachmittags 3.30 Uhr traten die drei Kompagnien des Bataillons auf dem Marktplatz an und zogen unter Vorantritt der Musikkapelle zum Schützenhause, wo sich bei den Weisen eines aus-gezeichneten Gartenkonzertes reges Leben und Treiben in den Kompagnielagern entsfaltete. Um 6 Uhr fand eine Ehrung der Jubilare des Vereins statt. In die Reihe der goldenen Jubilare ist in diesem Jahre eingetreten Herr Josef Hülskamp, in die Reihe der silbernen Jubilare die Herren Josef Eilers, Max Friede, Johannes Ostendorf, Fritz Schreiber, Johann Terstegge und Heinrich Terstegge. Der Vorsitzende des Vereins, Herr Theodor Schwarz, hob in einer kurzen Ansprache die Treue und Anhänglichkeit, mit der diese langjährigen Mitglieder stets zum Verein gestanden haben, hervor und überreichte ihnen im Namen des Vereins das goldene, bzw. silberne Jubiläumsabzeichen. Zu Ehrenmitgliedern wurden ernannt Herr Heinrich Scholten sen. u. Herr Wesemann, Vizepräsident beim Oberpräsidium Breslau. Abends 7.30 Uhr zog das Bataillon zurück zum Marktplatz. Von 8.30 Uhr ab fand in den Schützenhausanlagen wieder ein großes Gartenkonzert statt, das selber später unter dem Regen zu leiden hatte. Am Montag Vormittag rückte das Bataillon vom Marktplatz aus zur Vogelschieße an der Königsmitte, wo das Preis- und Krönungsschießen begann. Herr Bürgermeister Brodthoff hielt eine martige Ansprache an das Bataillon und gab darauf den Ehrenschieß im Namen der Stadt ab. Die besten Schützen waren Herr Karl Hötger (1. Preis), Herr Willy Guntling (2. Preis), Herr Hans Reyggers (3. Preis), Herr Paul Becker (4. Preis) und Herr Major Heinz Ullmann (5. Preis). Schließlich gelang es Herrn Apotheker Alois Kettler, gegen 12 Uhr den Rest des Vogels aus seiner lustigen Höhe herunterzuholen und damit für ein Jahr die Königswürde zu erringen. Der König ertor sich der neue Herrscher Frau Otto Hülskamp. Als Hofdamen fungierten Frau Apotheker Kettler, Frau Dr. Langerding, Frä. Marg. Beckmann, Frä. Elfe van der Nüll und Frä. Toni Remmen, als Hofzieren Herr Heinrich Scholten, Herr Dr. Langerding, Herr Dr. Tüffers, Herr Fisser und Herr Otto Terstegge. Nach Beendigung des Schießens, das durch die Konzentration der ruhigen Kapelle verschönert wurde, rückte das Bataillon zum Schützenhause ab und von dort gegen 1.30 Uhr zurück zum Marktplatz. Nachmittags 3.30 Uhr fanden die Kompagnien wieder auf dem Markt. Bald nachten der Königs- und die beiden Thron-wagen, vom ganzen Bataillon mit Hochrufen begrüßt. In ge-schlossenem Zuge ging es dann hinaus zum Schützenhause, wo die Kapelle zum Gartenkonzert aufspielte. Die Veranstaltungen des Vereins, die einen überaus schönen Verlauf nahmen, waren bisher ziemlich vom Wetter begünstigt. Ueber die festerliche Anthronisation, die gestern Abend gegen 6.30 Uhr stattfand, und die anderen Einzelheiten des Festes berichten wir in der morgigen Nummer.

n. Molkerei-Genossenschaft Bocholt. Am vergangenen Sonn-tag fand hier im Lindenhof eine außerordentliche General-versammlung der Genossen der Molkerei Bocholt statt, in der beschlossen wurde, in Barlo eine Zweigmolkerei zu errichten.

Mit dem Bau soll sofort begonnen werden, um eventl. noch vor Herannahen der Winterszeit den Betrieb zu eröffnen.
m. „Christentum und Staat“. Von dieser wichtigen und grundsätzlichen Frage handelt das soeben erschienene Männer-heft Nr. 3 des Volksvereins. Ueber den Staatsgedanken im all-gemeinen führt es weiter zur Idee des christlichen Staates, wobei in einem interessanten, geschichtlichen Ueberblick ihr allmähliches Wachsen und Werden dargestellt wird. Das Ergebnis der Unter-suchung ist die Tatsache: Es gibt im wesentlichen nur zwei wahr-haft staatsbildende Ideen, die wir auch die heidnische und die christliche nennen können: die Idee des Rechts- und Gewalt-staates und die Idee des Staates, der eine heilige sittliche, Auf-gabe und Bewußtspflicht der freien, von Bruderliebe durch-drungenen „Gotteskinder“, d. h. sittlichen Persönlichkeiten ist. Damit stehen wir vor der schwerwiegenden Schicksalsfrage: was für einen Staat wird uns die Zukunft bringen, den heidnischen oder den christlichen Staat? Und das ist eine Frage, die an das Gewissen des Staatsbürgers gestellt ist, auch an dein Gewissen, lieber Freund! Im letzten Kapitel wird dann die Art der Mit-arbeit im christlichen Zukunftsstaat besprochen. Getreu der ganzen Erziehungsarbeit des V.-V. sucht das Heft in lebhaften und packenden Ausführungen den Staatsbürgerinn in uns se-bendig zu machen, damit ein jeder nicht soviel über den Staat schwärze, sondern den Staat tue, d. h., seine Staatsbürger-gesinnung betätige, genau so wie der Arzt seine Arztgesinnung, der Lehrer seine Lehrergesinnung und der Vater seine Vater-gesinnung ausüben muß. — Das Frauenheft trägt den Titel: „Soziales Wirken“ und spricht von sozialem Beruf. Wieviel ist über Soziales schon geredet und geschrieben worden: so schlicht nicht so leicht etwas finden lassen. Die gelben Hefte sind zu bekannt, als daß sie eine eigene Empfehlung notwendig hätten. Man muß diese Hefte lesen und immer wieder lesen. Ihre Sprache ist packend, und ihr reicher Inhalt läßt nicht mehr los. — Die beiden Hefte sollten auf einer Vertrauenspersonkonferenz besprochen werden, damit sie in allen Familien als Berater sozialer Arbeit für die Allgemeinheit wirken können. Geschäfts-führer, tut Eure Pflicht.

„Wer will einen Kuchen backen,
Der muß haben Neben Sachen:
Mehl und Schmalz,
Zucker und Salz,
Milch und Eier
Und dazu ein gutes Feuer.“



— nur mit Gab! —
Rat und Auskunft kostenlos beim Quirer

* Steueramtsanforderungen für den Monat August. 5. August: Lohnabzug für die Zeit vom 21. bis 31. Juli 1925, auch bei Vor-schuß- und Abschlagszahlungen und zwar durch Vorüberweisung mit gleichzeitiger Einsetzung der vorgeschriebenen monatlichen Bescheinigung nach Muster 2 an die Finanzkasse für diejenigen Arbeitgeber, die am 1. 1. 1924 bzw. 1. 1. 1925 mehr als drei Arbeitnehmer beschäftigt hatten, Kleben von Steuermarken für alle übrigen. Keine Schonfrist. Auf die Führung des vor-geschriebenen Steuerlohnkontos für 1925 wird besonders auf-merksam gemacht. Das Lohnkonto ist als Buchführung zu be-trachten und fortlaufend in Ordnung zu halten. — 10. August: Umsatzsteuer-Voranmeldung und Umsatzsteuer-Vorauszahlung für die Monatszahl für Juli 1925. Schonfrist für Voranmeldung und Zahlung bis 17. August 1925. Die Umsatzsteuer beträgt 1 1/2 Prozent, die Lohnsteuer 10 Prozent. — 15. August: Lohn-abzug für die Zeit vom 1. bis 10. August, im übrigen wie am 5. August, also insbesondere keine Schonfrist. Vermögens-Vorauszahlung und zwar auch die am 15. Mai fällig gewesene Rate, soweit sie noch nicht bezahlt ist, mit dem im Vermögens-Steuerbescheid 1924 angegebenen Beträge der vierteljährlichen Vorauszahlung, sofern nicht noch eine andere Regelung erfolgt. — 25. August: Lohnabzug für die Zeit vom 11.—20. August, wie am 15. August.

1. Die Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge. Auf die An-regung verschiedener Polizeibehörden, ein Verfahren zur Fest-stellung der Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge in einer Weise zu finden, daß es bei Strafanzeige die Billigung der ordent-lichen Gerichte findet, weist der preussische Handelsminister in einem gemeinsamen Rundbrief mit dem Innenminister, dem amt-lichen preussischen Pressebienst zufolge auf folgende zwei Ver-fahren für die Geschwindigkeitsmessungen hin: 1. ein Abstoppen mit zwei Stoppuhren auf gerader Straße, bei denen die Beamten mindestens 200 Meter Abstand haben müssen; 2. Einrichtung von Polizei-Kraftfahrkontrollfahrzeugen, die mit zuverlässig arbeiten-den Geschwindigkeitsmessern ausgestattet und außer dem Fahrer mit einem im Kraftfahrwesen bewanderten älteren Polizei-beamten besetzt sind, der den Geschwindigkeitsmesser ständig be-obachtet. Das Fahrzeug hat die zugelassene Höchstgeschwindig-keit auf einer Strecke von mindestens 500 Meter inne zu halten. Alle Fahrzeuge, die diesen Kontrollwagen überholen, verstoßen gegen die gegebenen Höchstgeschwindigkeitsbestimmungen. Die Feststellung der absoluten Geschwindigkeit der Kraftfahrzeuge durch Polizeibeamte ist aber überhaupt nicht unbedingt er-forderlich für eine etwaige Strafanzeige. Vielmehr bietet die Verordnung über Kraftfahrzeugverkehr vom 15. März 1923 völlig ausreichende Grundlagen, um übermäßiges und un-zulässiges Schnellfahren zu bekämpfen. Das Fahren mit der zulässigen Höchstgeschwindigkeit auf belebten Straßen und Plätzen geschlossener Ortsteile kann häufig schon einen Verstoß gegen § 18, Absatz 1 und 3 der genannten Verordnung bedeuten und in seiner Rückwirkung für die Verkehrssicherheit gefährlicher sein als ein gewisses Ueberschreiten der zulässigen Höchstge-schwindigkeit auf freier überlücklicher Straße. Die Minister verweisen deshalb auf die genaue Beobachtung der genannten Verordnung.

Korpulente altern schnell.

auch entsteht übermäßig: Körperfülle das Äußere. Korpulente u. alle zum Starbwerden Veranlagten sollten gerade im Sommer zur Reduzierung ihrer Körperformen etwas Ordentliches tun. Wir raten, 30 Gramm echte Toluba-Kerne zu kaufen, die un-schädliche, aber wirksame, den Körperanfang reduzierende Stoffe enthalten. Sie erhalten Toluba-Kerne in den meisten Apo-thenen, wo nicht, werden Ihnen Toluba-Kerne völlig porto- und spesenfrei überliefert durch das Pharmazeutische Kontor E. Wolf in Hannover. Die Bestandteile sind auf der Packung angegeben.

3. Rhede, 28. Juli. Schützenfest des St. Hubertusschützenvereins. Am Sonntag u. Montag feierte der St. Hubertusschützenverein sein diesjähriges Schützenfest. Es wurde eingeleitet durch einen Dämmerföppchen am Samstag Abend im Lokal von Franz Köhling. Am Sonntag fand auf dem Markte ein Platzkonzert statt, ausgeführt von der Musikkapelle des Bocholter Krieger-vereins. Nachmittags 4 Uhr trat das Schützenbataillon auf dem Marktplatz an und zog in schneidigem Paradezug an seinem Oberst, Herrn Driever, vorbei. Im Anschluß daran ging es unter Vorantritt der Musikkapelle im Festzug durch den Ort. Abends führte ein gemütlicher Festball die Mitglieder mit ihren Angehörigen zusammen. Der gestrige Hauptfesttag begann mit dem Bogelschießen. Den Königsschieß tat nach langem Kampf Herr Heinrich Rademacher, der sich Frau Theodor Köhling zur Königin ertor. Als Hofdamen fungierten Frau Heinrich Ra-de-macher, Frau Th. Lepold, Frä. Hams und Frä. Maria Sad. Den Abschluß des Festes bildete der Krönungsball im Hengster-mannischen Saale, der einen schönen Verlauf nahm und alle Teil-nehmer noch lange in froher Feststimmung beisammensah.

3. Dingden, 28. Juli. Kirmes. Am Sonntag und Montag wurde hier die diesjährige Kirmes gefeiert. Das Wetter war der Veranstaltung günstig bis auf einige Regenschauer: am Sonntag Abend. Daher herrschte auf dem Kirmesplatz, wo Karussell, Schiffschaukel und Schieß- und Verkaufsstände aufgestellt waren, während beider Tage reges Leben und Treiben. Am Sonntag weilten auch viele auswärtige Gäste hier. Auch zum Tanz war in den einzelnen Lokalen reichliche Gelegenheit. So wurde die Feler wie auch in früheren Jahren wieder zu einem richtigen Volksfeste, das Jung und Alt in Frohsinn und Heiterkeit vereinte.

Aus dem Kreise Rees.

s. Ringenberg, 27. Juli. Gemeinderats-sitzung. Am ver-gangenen Freitag fand hier eine Gemeinderats-sitzung statt. Die Provinzialverwaltung will die Landstraße Brünen — Hamminkeln — Mehrhoog übernehmen, vorausgesetzt jedoch, daß die Ge-meinden, durch deren Gemarkung die Straße führt, eine Er-weiterung bis auf 12,50 Meter Breite vornehmen. Der Ge-meinderat erklärt sich mit dem entsprechenden Landankauf ein-verstanden, falls Kreis und Provinz sich verpflichten, je ein Drittel der Gesamtkosten zu tragen. — Zur mittleren Of-fel-genossenschaft wurde für die Gemeinde Ringenberg das bis-herige Vorstandsmitglied, Herr Johannes Tiedens einstimmig wiedergewählt.

Zurnen, Sport und Spiel.

:: Fußballergebnisse der D. J. R. vom vergangenen Sonntag. D. J. R. Sportfreunde Hamborn 1. Mannschaft — F. C. Chamavia 1. Mannschaft 1:2 Nach verteiltem Spiel, in welchem zeitweise Chamavia stark drängte, siegte Chamavia verdient. Eine höhere Niederlage verhinderte der sehr gute Hamborner Torwart. — Tüb. Bocholt 1. Jugend — F. C. Chamavia 1. Jugend 1:0. Das Resultat entspringt nicht ganz der Spiel-stärke beider Mannschaften. Ein Ergebnis von 3:0 für Tüb. wäre richtiger gewesen, wofür auch das Gegenverhältnis von 3:0 spricht. Der Schiedsrichter war gut, nur dürfte er bei den Abseitsentscheidungen etwas vorsichtiger sein.

:: F. C. Olympia. Da am kommenden Freitag das Spiel-verbod im Fußball aufgehoben wird, so machen wir schon jetzt sämtliche Sportfreunde Bocholts darauf aufmerksam, daß oben genannter Verein am kommenden Sonntag mit einem erst-klasseigen Spiel die neue Spielzeit eröffnet. Der Gegner ist die 1. Elf von der Sportvereinigung Oberhausen — Alstaden. (Näherer Hinweis folgt).

:: Athlet.-Sportvereinigung. Große sportliche Ereignisse stehen für unsern Verband vor der Tür. Die Deutschen Meister-schaften in Stuttgart, die am 1., 2. und 3. August stattfinden und die nur von den besten Athleten unseres 18 Kreise starken Reichs-verbandes aus ganz Deutschland besucht werden, nehmen die sportlichen Gemüter voll und ganz in Anspruch. Nachdem vor einigen Wochen die Meisterschaftstämpfe im Bogen in Berlin stattgefunden haben, aus denen der bekannte Weseler Bog-zer Paul Naujot im Halbschwergewicht als Deutscher Meister hervor-ging, werden jetzt in Stuttgart die Kämpfe im Gewichtheben, Ringen, Taugziehen, Musterkriegen und leichtathletischen Dreikampf ausgetragen. Die Frage drängt sich nun auf: Wer wird Meister? Wer stellt einen neuen Rekord auf? — Zum ersten Mal wird auch ein Mitglied der Bocholter Athlet.-Sportvereinigung an dem Verbandstest teilnehmen. Der Baumelster im Gewicht-heben (Bantamgewicht) Albert Kräbber wird zum Fünfkampf antreten. Wir wollen hoffen, daß Herr Albert Kräbber sein ganzes Können in Stuttgart zeigen kann, das heißt, daß er gut in Form ist. Vom Kreisausschuß ist der Antrag betreffs Ehren-preisbogen vom 8. Kreis genehmigt. Diese Kämpfe finden im Spätherbst 1925 in Bocholt statt. Deshalb ergeht noch einmal eine Mahnung an alle jungen Leute, die unsern Sport lieben und schätzen, findet auch ein bei den Übungsfestunden. Denn Übung stählt die Kraft. Und Kraft ist, was Leben stählt. J. S.

Verantwortlich für den lokalen Teil: Dr. B. Schmitz, Bocholt, für den lokalen Anzeigenteil: Joh. Kempters, Bocholt.

Firmit
macht Rasenbleiche überflüssig
2 unentbehrliche Seifen
für jede sparsame Hausfrau
Sprüh-Seife
für Wäsche
Seide und Batist
Dreiling-Werke
Duisburg

